GENDER OPEN REPOSITORIUM

Die mediale Aufbereitung des Falls Dominique Strauss-Kahn. Ein backlash für die Debatte um sexuelle Gewalt in Europa? :

Künzel, Christine

2011

https://doi.org/10.25595/1850

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Künzel, Christine: *Die mediale Aufbereitung des Falls Dominique Strauss-Kahn. Ein backlash für die Debatte um sexuelle Gewalt in Europa? :* , in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 20 (2011) Nr: 2, 101-104. DOI: https://doi.org/10.25595/1850.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Verlag Barbara Budrich.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Die mediale Aufbereitung des Falls Dominique Strauss-Kahn: Ein backlash für die Debatte um sexuelle Gewalt in Europa?

CHRISTINE KÜNZEL

Die Debatte um die Vorwürfe gegen Dominique Strauss-Kahn spaltet nicht allein die Nation, sondern die Nationen. Während der Fall in Frankreich womöglich nie an die Öffentlichkeit gelangt wäre (vgl. Mejias 2011), mussten die Franzosen schmerzvoll zur Kenntnis nehmen, dass das US-amerikanische Rechtssystem auch vor der Verhaftung des Chefs des IWF keinen Halt macht, dass sexuelle Belästigung, Nötigung und Vergewaltigung in den USA schon länger kein Kavaliersdelikt mehr darstellen: „Was anderswo manchmal noch als Kavaliersdelikt abgetan wird, erfährt in Amerika kein Pardon" (Kohlenberg/Klingst 2011, 16). Auch die mediale Aufbereitung des Falls könnte kaum kontroverser sein: „Während die französische Presse größtenteils im Sinne des Angeklagten berichtet, überwiegen in US-Medien die Skeptiker" (Financial Times Deutschland 2011). In der medialen Berichterstattung spiegelt sich der „clash of civilizations" (Mejias 2011).

Verharmlosung sexueller Gewalt – Relikt einer „rape culture"

Ohne Fragen zu berühren, die eine Schuld- oder Unschuldsvermutung im Fall DSK betreffen,[1] lässt sich anhand der medialen Darstellung (auch) in der bundesdeutschen Presse eine ungute und unlautere Verquickung verschiedener Sachverhalte feststellen, die durchscheinen lässt, dass es in Europa – und nicht nur hier – noch Relikte einer so genannten „rape culture" (Vergewaltigungskultur) gibt: „It (a rape culture) is a complex of beliefs that encourages male sexual aggression and supports violence against women. It is a society where violence is seen as sexy and sexuality as violent. In a rape culture women perceive a continuum of threatened violence that ranges from sexual remarks to sexual touching to rape itself" (Buchwald u.a. 1995, o.S.).
Die Euphemismen, mit denen die von der US-Staatsanwaltschaft aufgeführten Delikte beschrieben werden, derer sich Strauss-Kahn schuldig gemacht haben soll – diese reichen von sexueller Nötigung über versuchte Vergewaltigung bis hin zur Freiheitsberaubung –, offenbaren das gesamte Ausmaß der Verharmlosung des Falls (nicht nur) in den bundesdeutschen Medien. Hier ist nur selten von einem mutmaßlichen Vergewaltiger die Rede; vielmehr wird immer wieder darauf angespielt, dass Strauss-Kahn eine „notorische Schwäche für Frauen" (Schubert/Wiegel 2011, 5)

habe. Im Duktus männlicher Kumpanei, ja fast schon anerkennender Bewunderung, wird Strauss-Kahn in der Presse als „Frauenheld“ (ebd.), „notorischer Schürzenjäger“ (Spiegel-online 2011), „großer Verführer“ (Fichtner/Kurbjuweit 2011, 79) oder „Frauenfreund auf permanenter Pirsch“ (Harpprecht 2011, 45) bezeichnet, dem seine „Frauengeschichten“ (Wiegel 2011) eines Tages zum Verhängnis werden sollten – so ist denn auch von einem „Fehltritt“ (Fichtner/Kurbjuweit 2011, 80) die Rede, von einer „Venusfalle“ (Bittner 2011, 6), in die Strauss-Kahn getappt sei.
Die unverhohlen verharmlosenden und zugleich erotisierenden Tendenzen in der Wortwahl – mögen sie bewusst gewählt oder unreflektiert übernommen worden sein – sind schon erstaunlich, wenn man bedenkt, dass seit den 1990er Jahren von Seiten einer interdisziplinären Auseinandersetzung mit sexueller Gewalt (vgl. u.a. Künzel 2003a, 2003b) wesentliche Anstrengungen unternommen wurden, das Bewusstsein für kulturelle Mechanismen der Verharmlosung sexueller Gewalt zu schärfen. Angesichts der Berichte zum Fall Strauss-Kahn hat man nun allerdings das Gefühl, diese Debatte habe nie stattgefunden, die Erkenntnisse seien nie in das öffentliche Bewusstsein gedrungen.

Libertinage versus Puritanismus?

Ganz dem Klischee des (zumeist adeligen) französischen Verführers weiblicher Tugend im bürgerlichen Trauerspiel entsprechend, wird die traditionell libertäre französische Liebes- und Sexualkultur ins Feld geführt, um sich gegen einen „puritanischen Irrsinn“ (Lévy/von Randow 2011, 45) des US-Justizsystems zu positionieren. Da wird weit in die Historie zurückgegriffen, die Tradition des „Mätressenwesens“ als „erotisches Erbe der Monarchie“ (Harpprecht 2011, 45) bemüht, um die Atmosphäre einer „exception culturelle“ (Fichtner/Kurbjuweit 2011, 78), sprich: einer weitgehenden Toleranz gegenüber sexueller Belästigung als „erotisch“ (vgl. Hugues 2011) zu verkaufen. Hier klingen die alten Vorwürfe gegen die feministischen Bemühungen um eine Abgrenzung sexueller Gewalt von einvernehmlichem Geschlechtsverkehr an, die da lauten, die feministische Definition sexueller Gewalt sei der Lust und Erotik in sexuellen Verhältnissen abträglich.
So werden in der Debatte Fragen der Moral unkritisch mit (straf-)rechtlichen Aspekten vermischt. Dabei geht es im Fall Strauss-Kahn – wie auch im Fall des prominenten Wetter-Propheten Jörg Kachelmann – nicht um einen „Sex-Skandal“ (Financial Times Deutschland 2011) oder um „Sünden der Macht“ (Harpprecht 2011, 45), wie die Titel mancher Berichte andeuten. Es ist weder die moralische Ablehnung bestimmter Sexualpraktiken – eines „Sexualleben(s) abseits der bürgerlichen Vorstellungen“, wie Barbara Vinken (2011, 58) es formuliert – noch die Empörung über außereheliche Verhältnisse oder regelmäßige Besuche in Pariser Swinger-Clubs, die im Vorverfahren gegen den ehemaligen IWF-Chef zur Debatte stehen, sondern der Vorwurf einer sexuellen Nötigung.
Was gern verdrängt wird: Die Ablehnung strafrechtlicher Sanktionen gegen sexuelle Gewaltdelikte hat in Frankreich Tradition. So hatte sich auch die Ikone der post-

modernen Gewaltforschung, Michel Foucault, bereits in den 1970er Jahren explizit gegen die Reform des französischen Strafrechts im Hinblick auf sexuelle Gewaltdelikte ausgesprochen. In einem Interview im Oktober 1977[2] machte Foucault (1994, 351) deutlich, dass er Vergewaltigung als eine Form von Sexualität verstehe, und es das Gebot seines theoretischen Diskurses grundsätzlich verbiete, eine solche zu bestrafen. Für Foucault ist eine Vergewaltigung nicht gravierender als ein Faustschlag ins Gesicht (ebd.). Ganz in diesem Sinne äußerte sich auch Catherine Millet (2011, 124) zur Affäre Strauss-Kahn in einem Interview im Spiegel: „Was ich Strauss-Kahn, einem intelligenten, kultivierten Mann, vorwerfe, ist, dass er sich benahm wie ein Grobian. (...) Er ist gegenüber dem Zimmermädchen aufgetreten wie ein Lümmel."

Mögliche Auswirkungen auf die Debatte um sexuelle Gewalt

Es ist nun die Frage, wie sich die Entwicklung und die mediale Darstellung des Falls Strauss-Kahn auf die Debatte um sexuelle Gewalt auswirken wird. Während die Verhaftung des IWF-Chefs aus Sicht der französischen Frauenbewegung „für die Emanzipation der Frauen" möglicherweise mehr bewirkt habe, „als alle bisherigen Gesetze" (Altwegg 2011, 33) – immerhin gab es in Frankreich einen Appell „Contre le sexisme", in dem die „nicht tolerierbare Verwechslung von sexueller Freiheit und Gewalt gegen Frauen" angeprangert wurde[3] –, wird der Fall in Deutschland (zusammen mit dem Prozess gegen Jörg Kachelmann) von bestimmten Kreisen instrumentalisiert, um Geschlechterklischees und Vergewaltigungsmythen wiederzubeleben. In der Zeit etwa führt Sabine Rückert (2011, 17) den längst widerlegten Mythos der „hohen Falschaussagenquote" ins Feld, um vermeintliche (weibliche) Opfer sexueller Gewalt grundsätzlich zu diskreditieren.[4] Dabei konstatieren seriöse wissenschaftliche Studien zur Kriminalstatistik und Strafverfolgung bis heute – auch nach der Strafrechtsreform von 1997 – eine geringe Meldebereitschaft bei Sexualstraftaten, zumal bei Beziehungstaten. Auch wenn der Prozess um Strauss-Kahn noch nicht abgeschlossen ist, lässt sich – gerade auch im Zusammenhang mit dem Fall Kachelmann –zumindest in Deutschland ein *backlash* in der Debatte um sexuelle Gewalt feststellen.

Anmerkungen

1 Das Verfahren gegen Strauss-Kahn in den USA ist inzwischen eingestellt worden. Doch sieht sich der ehemalige IWF-Chef mit einer ähnlichen Klage in Frankreich konfrontiert.

2 Ein Jahr zuvor (1976) war der erste Band von Foucaults Studie Sexualität und Wahrheit („Der Wille zum Wissen") erschienen.

3 Der Wortlaut des Appells ist nachzulesen unter: http://www.osezlefeminisme.fr/article/sexisme-ils-se-lachent-les-femmes-trinquent.

4 Zur Kritik an Rückerts Berichterstattung im Fall Kachelmann vgl. Schwarzer (2011).

Literatur

Altwegg, Jürg, 2011: „Liebe? Nur mit Gewalt". Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Juni, 33.

Bittner, Jochen, 2011: „Wenn die Venusfalle zuschnappt". Die Zeit, 26. Mai, 6.

Buchwald, Emilie/**Fletcher**, Pamela R./**Roth**, Martha, 1995: „Preamble". In: Dies. (Hg.): Transforming a Rape Culture. Minneapolis, Minn., o.S.

Fichtner, Ullrich/**Kurbjuweit**, Dirk, 2011: „Des Menschen Wolf". Der Spiegel, Nr. 21, 23. Mai, 74-85.

Financial Times Deutschland, 25. Mai 2011: „Sex-Skandal: Strauss-Kahn wollte offenbar nicht spontan ausreisen". Internet: www.ftd.de/politik/international/:sex-skandal-strauss-kahn-wollte-offenbar-nicht-spontan-ausreisen/60057101.html (14.08.2011).

Foucault, Michel, 1994: „Enfermement, psychiatrie, prison" (Oktober 1977). In: Ders.: Dits et Écrits III (1976-1979). Paris, 332-360.

Harpprecht, Klaus, 2011: „Sünden der Macht". Die Zeit, 19. Mai, 45.

Hugues, Pascale, 2011: „Im Griff des Raubtiers". Die Zeit, 26. Mai.

Kohlenberg, Kerstin/**Klingst**, Martin, 2011: „Ein Verdacht zerrinnt". Die Zeit, 7. Juli, 15-16.

Künzel, Christine, 2003a: Vergewaltigungslektüren: Zur Codierung sexueller Gewalt in Literatur und Recht. Frankfurt/M., New York.

Künzel, Christine (Hg.), 2003b: Unzucht – Notzucht – Vergewaltigung. Definitionen und Deutungen sexueller Gewalt von der Aufklärung bis heute. Frankfurt/M., New York.

Lévy, Bernard-Henri/**von Randow**, Gero, 2011: „Puritanischer Irrsinn". Die Zeit, 19. Mai, 45.

Mejias, Jordan, 2011: „Zügellos verdorben". Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Mai, 33.

Rückert, Sabine, 2011: „Lügen, die man gerne glaubt". Die Zeit, 7. Juli, 17.

Schubert, Christian/**Wiegel**, Michaela, 2011: „Alte Vorwürfe, neue Verschwörungstheorien". Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Mai, 5.

Schwarzer, Alice, 2011: „Was aus dem Fall Kachelmann zu lernen ist". Emma; Internet: www.emma.de/hefte/ausgaben-2011/sommer-2011/was-aus-dem-fall-kachelmann-zu-lernen-ist (19.08.2011).

Spiegel-online, 17. Mai 2011: „Verschwörungstheorien: Strauss-Kahn soll über Komplott spekuliert haben". Internet: www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,763059,00.html (14.08.2011).

Vinken, Barbara, 2011: „Der neue Pamela-Feminismus". Die Zeit, 14. Juli, 58.

Wiegel, Michaela, 2011: „Strukturwandel der Privatsphäre". Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Mai.

Energiepolitische (Kehrt-)Wendungen

ULRIKE RÖHR. GOTELIND ALBER

Ende Oktober 2010 hat die Bundesregierung ihr Wahlversprechen an die Atomindustrie eingelöst und die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke beschlossen. Acht Monate später die Kehrtwende: Der Einstieg in den Ausstieg wird eingeleitet – wenn auch langsamer als ursprünglich im Atomkonsens zwischen Rot-Grün und der Atomindustrie vereinbart. Zwischen diesen beiden Beschlüssen lag die durch ein Erdbeben mit folgendem Tsunami ausgelöste Reaktorkatastrophe in Fukushima, es gab heftigste Proteste von Teilen der Bevölkerung – die Anti-Atomkraftbewegung

der 1980er Jahre erfuhr eine Renaissance, Umfrageergebnisse contra Atomkraft und vor allem Wahlen in mehreren Bundesländern. Diese Entwicklungen schienen für die Bundesregierung offenbar ähnlich bedrohlich wie die Atomkatastrophe selbst.
Vorbereitet wurde der neuerliche Ausstieg aus der Atomenergie nach Schwarz-Gelber Machart von Gutachten und einer Ethikkommission, flankiert wird er von einer Reihe von Maßnahmen und Gesetzen, die die Versorgungssicherheit und den Klimaschutz nach dem Ausstieg absichern sollen. Diese reichen vom „Netzausbaubeschleunigungsgesetz", über die CO2-Abscheidung und Speicherung aus Kohlekraftwerken, den Ausbau der Förderung von Offshore-Windenergie bis hin zu Programmen zur Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden.
Betrachten wir den Wandel in der Energiepolitik aus der Genderperspektive, so fällt zunächst auf, dass

- entsprechend aller Umfragen Frauen schon immer stärker als Männer gegen Atomenergie waren, dies sich aber offenbar wenig oder zumindest nicht ausreichend in ihrem eigenen Verhalten niedergeschlagen hat, entsprechend wenig in der Politikgestaltung;
- Energiepolitik nach wie vor so stark von Männern und männlichen Strukturen dominiert wird, dass die Meinungen von Frauen weder wahrgenommen werden, noch sich durchsetzen können. Dies gilt auch dann, wenn es um „softe" Themen wie die Ethik der Atomenergie geht;
- zumindest einige der den Atomausstieg begleitenden Gesetze und Maßnahmen sehr wohl genderrelevant sein können, eine entsprechende Analyse aber bisher nicht stattgefunden hat.

Die Kluft zwischen Einstellungen und Verhalten

Seit vielen Jahren begleiten uns repräsentative Umfragen in der Bevölkerung zur Atompolitik. Zumindest in Deutschland ist die Ablehnung durch eine Bevölkerungsmehrheit relativ stabil, mit deutlich steigender Tendenz nach der Katastrophe in Fukushima. Es sind vor allem die Frauen, die Atomkraft konsequent ablehnen und ihre Zahl wuchs nach dem Unfall nochmals: 32 Prozent der Frauen haben ihre Haltung geändert, deutlich mehr als Männer. Laut einer Umfrage vom Mai 2011 lehnen jetzt 72 Prozent der Frauen Atomkraft ab, gegenüber 60 Prozent der Männer. Frauen fühlen sich durch den Atomunfall stärker betroffen (64%) als Männer (46%) und sogar in ihrer eigenen Sicherheit bedroht (38 zu 24%). 42 Prozent der Frauen wollen deshalb einen Sofortausstieg, bei den Männern sind es nur 34 Prozent.[1]
Nun ist die Ablehnung der Atomenergie eine Sache, persönlich daraus Konsequenzen zu ziehen jedoch eine ganz andere. In der Vergangenheit schlug sich die Ablehnung der Atomkraft häufig nicht im Wahlverhalten nieder, da andere Fragen im Vordergrund standen. Ein Blick auf die letzten Wahlergebnisse macht deutlich, dass Frauen offensichtlich die Wahl als eine Möglichkeit des Ausdrucks ihrer Ablehnung wahrnehmen.

So spielte die Atomkraft bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, die unter dem noch frischen Eindruck der Fukushima-Havarie standen, eine zentrale Rolle. Atomkraft wurde als vorrangiges Problem benannt, noch vor aktuellen lokal stark diskutierten Projekten wie dem Bahnhofsneubau Stuttgart 21. Da die Schwarz-Gelbe Ausstiegsbereitschaft mehrheitlich als Wahlkampfmanöver eingeschätzt wurde, war für viele WählerInnen die logische Konsequenz ein Wechsel zu Grün. Bei den Frauen, ohnehin schon in höherem Maß grüne Stammwählerinnen, waren die Wanderungsbewegungen zu Grün noch deutlicher und übertrafen die der Männer um mehrere Prozentpunkte.[2]

Eine andere, nicht minder wirkungsvolle Möglichkeit bestünde darin, selbst keinen Atomstrom zu beziehen. Wenn alle KonsumentInnen, die sich gegen Atomenergie aussprechen, auf deren Nutzung selbst verzichten würden, wäre das ein deutliches Signal an die Atomkonzerne und ein Antrieb für einen beschleunigten Ausstieg. Das Verfahren des Anbieterwechsels ist nicht wesentlich aufwändiger als das Kreuzchen auf dem Wahlschein. Trotzdem haben sich bisher eher wenige Haushalte für reinen Ökostrom oder zumindest atomstromfreie Energie entschieden. Zwar erlebten die Ökostromversorger nach Fukushima einen noch nie dagewesenen Boom, aber der dürfte inzwischen wieder abgeflaut sein.

Geschlechterdisaggregierte Daten zum Wechsel liegen aktuell nicht vor. Wohl aber die Ergebnisse eines Forschungsprojektes,[3] das sich mit den Hemmnissen, aber auch der Motivation für einen Wechsel zum Ökostrom befasst und dabei besonders die Zielgruppe Frauen betrachtet. Deutlich wurde hier, dass es vor allem Bequemlichkeit ist, die Männer wie Frauen am Wechsel hindert. Für Frauen spielt der langwierige Prozess der Entscheidungsfindung für den optimalen Stromversorger eine größere Rolle als die möglicherweise etwas höheren Kosten – die werden vor allem von Männern ins Feld geführt. Der Gender Pay Gap hatte das Gegenteil erwarten lassen. Die Frage, wie man den Stromanbieterwechsel am besten unterstützen kann, hat Fukushima beantwortet – aber sollte es nicht auch ohne Katastrophe gehen? Als wesentliche Motivation für den Anbieterwechsel wurde in unserem Forschungsprojekt immer wieder „der eigene Beitrag für eine zukunftsfähige Energieversorgung" genannt. Diese Motivation zu stärken, den einfachen Schritt zum Ökostrombezug zu propagieren – und auch, dass dies keine Entscheidung auf Lebenszeit ist, sondern jederzeit wieder gewechselt werden kann, wenn der Versorger sich als sub-optimal herausstellt – ist eine Botschaft, die sich wunderbar per Mund-zu-Mund-Propaganda verbreiten lässt. Dem persönlichen Gespräch trauen Frauen ohnehin mehr als anonymen Informationen, wie sich bei der im Forschungsprojekt durchgeführten online-Umfrage ebenso wie in den Interviews mit Teilnehmerinnen der Stromwechseltrainings zeigte. Bestätigt wird das auch in den Publikationen und Empfehlungen zum Gender-Marketing (vgl. Barlette 2003).

Eine weitere Möglichkeit der Umsetzung der Anti-Atom-Haltung liegt im gesellschaftlichen Engagement: sei es bei politischen Aktionen, in Umwelt- oder Anti-Atom-Verbänden oder in Initiativen zur Verbreitung erneuerbarer Energien. Das ge-

sellschaftliche (ehrenamtliche) Engagement liegt bei Frauen aufgrund der Mehrarbeit in der Versorgungsarbeit in aller Regel unter dem der Männer. Das gilt besonders in eher technisch dominierten Feldern zivilgesellschaftlichen Engagements. Allerdings fallen sie bei Kampagnen gegen Atomenergie immer wieder durch besonders kreative Aktionen auf.[4] Erwähnt sei hier die „Strick-Guerilla", die die Stadtlandschaften mit gestrickten Anti-Atom-Plakaten verschönert, oder die Aktion „Kein Krümmel darf bleiben". Eine weitere Möglichkeit bietet sich bei Kapitalanlagen. Aktuelle Untersuchungen zeigen, dass Frauen deutlich stärker (74%) auf sozial-ökologische Kriterien setzen als Männer (65%), denen die mögliche Rendite wichtiger ist.[5]

Energiepolitische Entscheidungen: Androzentrismus pur

Weniger kreativ sieht es aus, wenn wir energiepolitische Entscheidungsprozesse betrachten. Sie sind nicht nur rein äußerlich dominiert von grau und schwarz, ihre Diskussionen und Entscheidungen zeigen deutlich androzentrische Merkmale. Ein Beispiel:
Die von der Bundesregierung im März 2011 eingesetzte Ethikkommission zur Atomenergie sollte den gesellschaftlichen Konsens zum Atomausstieg vorbereiten und klären, welches Atomrisiko für die Gesellschaft vertretbar und wie die Energiewende zu gestalten ist. Die 17-köpfige Kommission konnte drei Frauen aufweisen, zur öffentlichen Anhörung waren 28 ExpertInnen geladen, darunter vier Frauen. Ob es an dieser überaus geringen Präsenz von Frauen lag, dass die Anhörung „in großen Teilen zu einer Show der AKW-Befürworter"[6] geriet, bleibt der Spekulation überlassen. Deutlich wurde aber, dass nicht nur die Atomenergie selbst ein männlich besetztes Terrain ist, sondern auch die ethische Bewertung in die Hand derer gelegt wurde, die tendenziell allen Technologien gegenüber weniger kritisch sind und die meinen, für die nur marginal vertretene andere Hälfte der Bevölkerung mitentscheiden zu können. Wie wäre es gewesen, wenn im Ethikrat VertreterInnen von Frauen- und Mütterorganisationen zu Wort gekommen wären? Hätten deren Stimmen genauso viel Gewicht gehabt wie die des Vorstandsvorsitzenden der BASF?

Gender Mainstreaming in der Energiepolitik: Fehlanzeige

Werfen wir einen Blick zurück auf das Jahr 2002: Das Gender Mainstreaming wird in allen Bundesministerien eingeführt, das Umweltministerium übernimmt eine Vorreiterrolle. Mit der Entwicklung und Anwendung des „Gender Impact Assessment für Gesetzesvorhaben" soll darauf hingewirkt werden, dass alle neuen oder neu bearbeiteten Gesetze dem Grundsatz folgen, keine einseitig negativen Auswirkungen auf ein Geschlecht zu haben. Und heute? Es ist stark zu vermuten, dass einige der Gesetze, die den Atomausstieg flankieren sollen, deutliche Genderwirkungen haben werden – untersucht wurde das bisher nicht.
Auf den ersten Blick fällt bereits auf, dass das gesamte Atom- und Klimapaket sehr versorgungslastig ist. Der sparsame Umgang mit Energie auf der VerbraucherInnen-

seite kommt demgegenüber zu kurz – Maßnahmen, die Frauen laut Umfragen präferieren und die einkommensschwachen Haushalten helfen würden, dem zukünftigen Preisanstieg zu begegnen. Beim einzigen Punkt in diesem Bereich, den geplanten Maßnahmen zur Gebäudesanierung, besteht zudem die Gefahr, dass die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten nur den Hausbesitzern zugute kommen und MieterInnen nicht davon profitieren, wenn die Renovierungskosten in voller Höhe auf die Miete umgelegt werden können.

Oder der weitere Ausbau der Biomassenutzung, zwar grundsätzlich sinnvoll, der aber die Ernährungskrise in anderen Teilen der Welt weiter verschärfen könnte. Hier werden u.a. Biogasanlagen mit Mais gefüttert, während die Menschen in armen Ländern mit steigenden Nahrungsmittelpreisen zu kämpfen haben und der Hunger weltweit zunimmt. Bei der Erarbeitung einer neuen „Kraftstoff- und Mobilitätsstrategie" steht ebenfalls zu befürchten, dass sich darin vorrangig die automobilen Interessen niederschlagen.

Kümmert das die Politik? Aus dem Familienministerium wird kolportiert, dass man darüber nachdenke, ob man statt des Deutschen Frauenrates nicht einen Deutschen Männerrat bräuchte. Ja, da böte sich doch direkt die Ethikkommission zur Atomkraft an – die ist jetzt doch arbeitslos.

Anmerkungen

1 marktforschung.de, mingle (10.07.11)

2 Infratest dimap, Forschungsgruppe Wahlen e.V. (10.07.11)

3 Determinanten der Wechselbereitschaft von Frauen zu Ökostrom: Analyse der Hemmnisse und Motivationsstrategien, zum Projekt siehe www.strom-wechsel-frauen.de

4 www.frauengegenatom.de

5 Grünes Geld im Trend – was Frauen wollen und Männer machen: www.greencity-energy.de/unternehmen/news.html, www.wallstreet-online.de/nachricht/3187487-junge-anlegerinnen-achten-verstaerkt-auf-nachhaltigkeit (03.08.11)

6 www.ausgestrahlt.de/live (03.08.11)

Literatur

Barlette, Marti, 2003: Marketing to Women: How to Understand, Reach, and Increase Your Share of the World's Largest Market. Dearborn.